

Pressemitteilung „Lesen gegen Überwachung“

GRÜNE lesen und diskutieren: Bewusstsein gegen Überwachung schärfen

Ein bundesweiter Zusammenschluss von Gruppen, die sich gegen Massenüberwachung stellen, hat anlässlich des „Safer Internet Day“ am 10. Februar unter dem Titel „Lesen gegen Überwachung – Unser Beitrag zum Safer Internet Day“ Lesungen an 20 Orten in ganz Deutschland organisiert.

Darunter die GRÜNEN in Heidenheim mit einer Lesung im Café Swing.

Gelesen wurden grundlegende und aktuelle Texte, die die Hintergründe von Überwachung beleuchten. Anschließend gab es Gespräche darüber, wie man selber der digitalen Überwachung der eigenen Person Vorschub leistet und was man gegen den Überwachungswahn tun kann.

Die Diskussion konzentrierte sich auf den Umstand, dass wir, seit Edward Snowden 2013 mit seinem Wissen in die Öffentlichkeit gegangen ist wissen, in welchem Ausmaß unsere Kommunikation und unser Handeln im Netz gespeichert und analysiert werden. Trotz der kontinuierlichen Berichterstattung in den Medien und den Protesten verschiedener Bürgerrechtsorganisationen werden die Systeme lückenlosen Überwachung und Kontrolle weiter ausgebaut. Obwohl seit dem sog. „Volkszählungsurteil“ 1983 das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als elementarer Bestandteil eines freiheitlich demokratischen Rechtswesens zu den Grundrechten zu zählen ist, versucht die Bundesregierung immer wieder, dieses Recht durch die Einführung der anlasslosen Massendatenspeicherung zu untergraben.

Man war sich einig darin, dass es in der Verantwortung jedes/r Einzelnen liegt, eine Debatte darüber zu führen, wie wir diesem Angriff der Exekutive auf ihre BürgerInnen begegnen wollen.

Die Diskussion erstreckte sich auch darauf, dass die derzeit erfolgreichsten Technologie-Konzerne alles daran setzen, die Basis ihrer enormen Gewinne, Unmengen von Nutzerdaten, nicht zu gefährden. Mit immer neuen, abenteuerlichen Nutzungsbedingungen und Zustimmungsverfahren verschaffen sie sich immer weitergehenden Zugriff auf persönliche Daten. Mit einem enormen finanziellen Aufwand für Lobbyarbeit und das Verlegen von Firmensitze in Staaten mit minimalem Verbraucherschutz werden diese Pfründe gesichert. Dazu dienen auch Abkommen mit Regierungen, die sich den Zugriff auf persönliche Daten durch diese die Hintertür verschaffen.

KonsumentInnen stehen im Zwiespalt, die vermeintlichen Annehmlichkeiten gegen die Preisgabe der persönlichen Daten abzuwägen. In der Diskussion wurde deutlich, dass es den Königsweg nicht gibt. Die totale Verweigerung werden sich in der sich immer weiter „digitalisierenden“ Gesellschaft die wenigsten und junge Menschen schon gar nicht leisten können.

Aus der Runde wurde darauf hin gewiesen, dass es Optionen gibt, die totale digitale Erfassung einzuschränken: GPS-Tracking-Funktionen am Smartphone deaktivieren, unterschiedliche Nutzer-Konten für Einkäufe benutzen, Kommunikation verschlüsseln, Nutzer-Daten sozialer Netzwerke ausschließlich dort und nicht als Zugangsdaten für andere Konten angeben, Punktekarten nicht verwenden und nicht zuletzt: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wahr nehmen! Die NutzerInnendaten bei Google könne z.B. über eine Linksammlung bei Cloud Fender (<http://blog.cloudfender.com/post/102607665327/6-links-that-will-show-you-what-google-knows-about>) eingesehen werden.

Das Fazit aus der engagierten Diskussion: Es bedarf der mündigen NutzerInnen, die die Öffentlichkeit informieren, ein Bewusstsein schaffen und wachsam gegenüber Bestrebungen sind, mittels staatlicher oder kommerzieller Überwachung der Grundrechte beraubt zu werden.